Verena Kienast

SpringerMedizin, Wien, Österreich

Menschlichkeit als leitende Werthaltung

Ein möglicher Ausweg aus der Absurditätsfalle

Der reflektierte, klare Blick scheint zunehmend verloren zu gehen. Zwischen kritikloser Übernahme von Informationen, Regelungen und Anweisungen und dem zwanghaften Infragestellen und einer obsessiv-misstrauischen Kritikwut scheint heute oft wenig Raum zu sein. Das ist im einen Fall sicher teilweise der begrenzt verfügbaren Zeit zuzuschreiben, im anderen einer Mischung aus Frust, Ringen um Anerkennung und Revanche. Und es ist natürlich wesentlich einfacher, sich auf Extrempositionen in der einen oder anderen Richtung zurückzuziehen, anstatt Argumente abzuwägen, in Relation zu einander und zu größeren Zusammenhängen zu stellen. Das führt zu einer Fülle von Absurditäten, die für Betroffene durchaus existentielle Risiken, oftmals zumindest Einschränkungen in Lebensqualität und Aktionsmöglichkeiten verursachen.

An der Realität vorbei

Einen wahren Quell an solchen Absurditäten bietet derzeit der Umgang mit Flüchtlingen in Österreich. Man legt ihnen die „Verpflichtung“ zum Deutschlernen auf – und es gibt nicht genügend Deutschkurse, denn der Großteil WILL Deutsch lernen. Man beklagt die mangelnde Ausbildung – und erschwert den Zugang zum Bildungssystem nach dem Ende der – österreichischen – Schulpflicht. Man möchte sie zur Erwerbstätigkeit verpflichten – und verweigert die Beschäftigung in ihren erlernten Berufen, denn der Großteil WILL arbeiten. Forderungen werden vor allem von Politikern auf den unterschiedlichsten Ebe-

nen vollmundig aufgestellt – ohne zuvor zu prüfen, wie die Rahmenbedingungen in der Realität gestaltet sind.

Spielraum für die Fantasie

Ziemlich absurd erscheint auch eine der formalen Forderungen, die für die Erteilung der Berufsberechtigung für Ärzte aus Nicht-EU-Ländern von der Ärztekammer gestellt wird, wenn es sich dabei um Flüchtlinge aus den arabischen Konfliktgebieten Syrien und Irak oder anderen Bürgerkriegsgebieten handelt. Da wird nämlich ein „Zuverlässigkeitsnachweis ausgestellt von der zuständigen Behörde des Herkunftslandes (nicht älter als 3 Monate)“ gefordert. Wie so etwas beschafft werden soll aus jenem Land, aus dem man wegen einer lebensbedrohlichen Situation oder gar politischer Verfolgung geflüchtet ist, lässt der Fantasie einigen Spielraum.

Nicht einmal die einzelnen Organisationseinheiten der Ärztekammer, die für die Erteilung der Berufsberechtigung bzw. Eintragung in die Österreichische Ärzteliste zuständig ist, sind sich einig, welche Behörde nun tatsächlich einen derartigen Nachweis auszustellen hat – Herkunftsland oder Asylland Österreich, wo die meisten der Antragsteller bereits einige Jahre leben. In der Realität wird sich wohl eine praktikable Lösung finden, zu der beispielsweise auch sehr kompetente Mitarbeiter der NGOs wie der Caritas beitragen. Unter den Betroffenen, die alle traumatisiert sind, auch wenn sie es sich nicht anmerken lassen, hat der Informationsstand über das anfängliche Beharren auf dieser Forde-

rung jedoch zu großer Verunsicherung, Hilflosigkeit und Verzweiflung geführt. Nach den Mühen des möglichst schnellen Spracherwerbs, der Nostrifikation des Medizinstudiums mit zahlreichen und umfassenden Prüfungen, endlich eine Arbeitsstelle in Aussicht – schien das Ziel wieder unerreichbar. Weil es für manche Stellen im System eben einfacher ist, auf Regeln und seien sie noch so wenig umsetzbar, zu beharren als wären sie unveränderliche Dogmen, als Lösungen zu suchen und Menschlichkeit als leitende Werthaltung zu vertreten

meint Ihre

V. Kienast

Korrespondenzadresse

V. Kienast

SpringerMedizin
Wien, Österreich
Verena.kienast@springer.at